liege so, daß auf der einen Seite die Volksgesundheit, auf der anderen Seite die Finanzen weniger Leute, der Kapitalismus, in Frage komme. Wie man hier am besten einen Ausweg finde, sei ein Problem, das die Nationalökonomie zu lösen habe.

Ihm trat Frl. Lüders-Berlin entgegen; die Frauenarbeit stelle gewissermaßen ein Glück dar, nur dürfe sie nicht auf der unteren Stufe bleiben. Und Frau Weidemann-Hamburg meinte, man müsse sich mit der Tatsache, daß die Frau außerhäusliche Arbeit verrichtet, abfinden, es könne sich nur noch darum handeln, die außerhäuslichen Arbeiten mit der Mutterschaft in Verbindung zu bringen.

In ihrem Schlußwort erklärte die Referentin, ein völliges Verbot der Frauen- und Kinderarbeit, wie es die Sozialdemokratie fordere, werde nicht gefordert, weil solche ideale Verhältnisse eben nicht möglich seien. Deutschland könne die Frauenarbeit nicht entbehren, wenn es auf dem Weltmarkte konkurrenzfähig bleiben wolle. Für sie sei das Ideal, daß die Frau das volle Selbstbestimmungsrecht über sich haben müsse.

* * *

Das Referat von Frl. Anna Pappritz-Berlin über

Wohnungsreform

mußte wegen Erkrankung der Referentin ausfallen, doch wurden folgende Leitsätze gutgeheißen:

Der zweite Deutsche Wohnungskongreß, der vom 11. bis 14. Juni in Leipzig tagte, hat den Beweis erbracht, daß die Wohnungspolitik nicht mehr auf dem veralteten Standpunkt des Manchestertums verharren darf, sondern den Fortschritt von der Selbsthilfe zur Staatshilfe machen muß. Dem Staat und den Gemeinden erwachsen aus dieser Erkenntnis neue große Aufgaben. Es kommen bei der Lösung dieser Frage zwei Gesichtspunkte in Betracht: die Frage der Finanzpolitik und die Frage der Sozialpolitik. Die Gemeinden haben bisher ihr Hauptaugenmerk ausschließlich auf die Finanzpolitik in bezug auf die Wohnungsfrage gelenkt und damit ihre sozialen Pflichten versäumt. Volksgesundheit und Volkssittlichkeit haben darunter gelitten. Es handelt sich darum, durch rechtzeitige Eingemeindung des an der Peripherie gelegenen Geländes billige Baustellen zu schaffen und sowohl die Art der Bebauung wie die Benutzung der Räume durch ein Wohnungsamt zu kontrollieren. Es ist notwendig, daß den Frauen ein Einfluß auf die Wohnungspolitik eingeräumt wird, um die Unterlassungssünden, die bisher auf diesem Gebiete begangen wurden, in Zukunft zu vermeiden. Durch das kommunale Wahlrecht der Frauen, durch Zuziehung der Frauen als Wohnungspflegerinnen mit Beamtenqualität ist eine gesunde Wohnungspolitik zu unterstützen. Aber nicht nur die Gemeinden haben die Wohnungspolitik zu bestimmen, auch die Parlamente können in bezug auf die Wohnungsfrage einschlägige Gesetze geben. Das beweisen die Verhandlungen im preußischen Abgeordnetenhause und im Herrenhause über das Zweckverbandsgesetz. Durch dieses Gesetz ist die Gemeindepolitik in einer bestimmten Richtung festgelegt worden, ohne daß die weiblichen Mitglieder der Gemeinden mit zur Entscheidung herangezogen werden konnten. Die Frauen fordern als Bürgerinnen das Recht, in Zukunft mit an der Ausgestaltung dieser grundlegenden Bestimmungen mitzuwirken. Und dieses Ziel können sie nur erreichen durch die politische Gleichberechtigung.

Zum Kampf im Bäckergewerbe.

Die Bäckermeister rufen jetzt alle Welt zur Hilfe auf gegen die organisierte Arbeiterschaft. Auch der bekannte Innungsausschuß, an dessen Spitze der bekannte Unrasch steht, muß in die Bresche springen, um die schwer bedrohte Position der bis jetzt noch halsstarrigen Bäckerinnungsmeister retten zu helfen. In sämtlichen Dresdner bürgerlichen Blättern stand folgendes Inserat:

Zum Kampfe im Bäckergewerbe.

An das bürgerliche Publikum!

Der sozialdemokratische Verband hat den Kampf gegen die Bäckermeister eröffnet.

Um die Einwohnerschaft gegen die Bäckermeister einzunehmen, wird die unbeweisbare Behauptung aufgestellt, daß die haarsträubendsten Zustände in den Dresdner Bäckereien herrschen.

Um weiter einen Druck auf die Meisterschaft auszuüben, veröffentlicht der sozialdemokratische Verband die Namen derjenigen, die sich ihm unterworfen haben und läßt die Aufforderung ergehen, nur bei diesen zu kaufen, bei den Bäckereien aber, die sich nicht unterworfen haben, keinen Bissen Brot zu entnehmen.

Es ist Pflicht aller bürgerlichen Kreise, sich gegenüber diesem Druck zusammenzuschließen und die Bäckermeister in dem ihnen aufgezwungenen Kampfe zu unterstützen.

Frage jeder seinen Lieferanten, ob er den Verband der Bäcker und dessen Forderungen anerkannt hat und kaufe jeder nur dort, wo dies nicht der Fall ist.

Der Vorstand des Innungs-Ausschusses zu Dresden.

Paul Unrasch, Vorsitzender.
Dr. Schönemann, Geschäftsführer.

Unmittelbar nach diesem folgt ein Notschrei der Bäckermeister mit folgendem Inhalt:

„An alle Beamten, Mitbürger und die unparteiisch gesinnte Einwohnerschaft Dresdens und Umg.!

Die Gegenpartei hat beschlossen, den Boykott über solche Bäckereien zu verhängen, die sich dem sozialdemokratischen Hamburger Verband nicht gebeugt haben, und veröffentlicht in der Dresdner Volkszeitung eine Liste solcher Betriebe, die bewilligt haben, mit der ausdrücklichen Bestimmung, nur dort zu kaufen.

Es gilt demgegenüber die bürgerliche Solidarität praktisch zu betätigen.

Wir fordern deshalb alle Einwohner von Dresden und Umgegend, die sich die Freiheit des Denkens und Handelns nach eigenem Ermessen gewahrt haben, auf:

Kauft ausschließlich in solchen Bäckereien, die nicht bewilligt haben und unterstützt damit solche Bäckermeister, die sich dem sozialdemokratischen Verband nicht unterworfen haben.

Kauft nur bei diesen, achtet streng darauf, daß euer Lieferant ein unparteiisch gesinnter Mann ist!

Kauft dort, wo kein Plakat im Fenster ist, kauft dort, wo nicht bewilligt ist!

Der Gesamtvorstand der Bäcker-Innung Dresden.
Albert Wendt, Obermeister."

Wir bringen die Inserate deshalb zum Abdruck, weil sich beide durch Allgemeinplätze auszeichnen, weil, nach einer Richtung hin, das Inserat der Bäckerinnung sehr vorsichtig abgefaßt ist.

Während es im Inserat des Innungsausschusses heißt, „daß unbeweisbare Behauptungen über haarsträubende Zustände in den Dresdner Bäckereien aufgestellt werden", unterläßt das Bäckerinnungs-Inserat diese Bemerkung. Nachdem die Bäckermeister mit Hilfe des Gerichts verhindert haben, daß der Beweis durch photographische Reproduktionen geführt werden kann, steht es den Herren sehr schlecht an, den Mund so voll zu nehmen. Wir raten Herrn Unrasch und dem Unternehmer-Wissenschaftler Dr. Schönemann, sechs Monate als Bäckergeselle zu arbeiten, dann wird ihnen solches Dementi vergehen.

Es ist von jeher im Schwunge gewesen, eine schlechte Sache mit noch schlechteren Mitteln zu verteidigen. Wenn die guten Leute aber glauben, hier ein sehr brauchbares schlechtes Mittel gefunden zu haben dadurch, daß sie mit dem „roten Lappen" winken, und ferner glauben, im bürgerlichen Publikum die Wirkung hervorzubringen, die ein roter Lappen auf einen Stier ausübt, dann dürften sie sich schwer täuschen. Ganz abgesehen davon, daß es sich hier um einen rein gewerkschaftlichen Kampf handelt, hat das Wort „sozialdemokratisch" bereits einen so guten Klang im Bürgertum, bei den Beamten usw., daß die Herren mit diesem „Abschreckungsmittel" sehr schlechte Geschäfte machen werden. Wenn dann trotzdem der Gegenboykott einen nennenswerten Erfolg haben sollte, was bis jetzt in keiner Weise eingetreten ist, so wäre damit nur der Beweis vollständig geliefert, daß sich die Bäckergesellen im Kampfe um Verbesserung ihrer unmenschlichen Lage nur auf die sozialdemokratische Partei verlassen können.

Der Lohnkommission sind aber dutzendweise Briefe zugegangen aus bürgerlichen Kreisen, die den streikenden Bäckern ihre Sympathie aussprechen.

Nachdem die Herren den Aufruf zum Gegenboykott an alle Feinde höherer Kultur zur Unterstützung aller reaktionären Bäckermeister haben ergehen lassen, ergeht erneut der Aufruf an alle Freunde höherer Kultur und Menschlichkeit, insbesondere an die Frauen, die Bäckergesellen in ihrem Kampf um Erringung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu unterstützen. Jeder bleibe für alle Zukunft dem tariftreuen Bäckermeister ein treuer Kunde; oder wenn er sich zum Wechsel seines Lieferanten gezwungen sieht, gehe er nur zu einer anderen tariftreuen Bäckerei.

Die „Gelben" dürfen natürlich bei dieser Unternehmer-Aktion nicht fehlen als getreue Diener ihrer Herren. Auch sie erheben Protest gegen angebliche Verunglimpfungen des Gewerbes. Gezeichnet wird dieses Geschwafel von einem gewissen Paul Herrmann, Vorsitzender, Bäckermeisterssohn, beschäftigt beim Bäckermeister Morgenstern, Flemmingstraße 27, Lieferant der Kantine der Eisenbahnwerkstätten, des Restaurants Zehl usw. Es ist derselbe Herrmann, dem in öffentlicher Versammlung vorgehalten wurde, daß sein Vater, Luisenstraße, seinen Gesellen als Mittagessen altbackenen Kuchen und Kaffee nach getaner schwerer Nachtarbeit vorgesetzt hat. Herrmann mußte sich dies ruhig sagen lassen, ohne ein Wort erwidern zu können. Und solche Leute „protestieren". Es wird eventl. mit noch interessanteren Sachen aufgewartet werden können.

*

Wie uns mitgeteilt wird, hat auch der Bäckermeister Franz Nitzsche, Striesen, Eilenburger Straße 7, part., einen seiner Mieter, nachdem er drei Tage die Brötchen von einem bewilligten Bäcker hatte bringen lassen, die Wohnung für den 30. September gekündigt. Auch wollte er den Eintritt des fremden Bäckerlehrlings ins Haus verhindern.

Jubiläum des Sonnensteins als Irrenheilanstalt.

Vor hundert Jahren wurde das Schloß Sonnenstein als Irrenheilanstalt eingerichtet. In seinem Innern sind noch sehr viele Erinnerungen an die Vergangenheit dieser ehemaligen Elbfeste vorhanden. Im „Zwinger" des Schlosses wurden ehedem Bären und Wölfe gehalten, und auf dem Schloßhofe fand 1429 das große Turnier statt, in welchem Prinz Albrecht von Sachsen die „Siegeshuldigungen" entgegennehmen konnte. Ferner erinnert an die früheren Zeiten der 53 Ellen tiefe Brunnen, der heute noch gutes Wasser gibt. Unter den aus verflossenen Tagen noch vorhandenen Oelgemälden befinden sich mehrere von Lukas Cranach dem Aelteren. Der Krankenbestand der Anstalt, zu der noch eine Meierei in Cunnersdorf bei Pirna sowie eine Filiale in Vorderjessen gehören, stellt sich zurzeit auf 643. Leiter der Anstalt ist zurzeit Medizinalrat Dr. Ilberg. — Es wird von der Direktion angekündigt, daß in Zukunft für Einheimische und Fremde Führungen stattfinden sollen. Bisher waren Besichtigungen usw. nur in ganz besonderen Ausnahmefällen gestattet.

Einheitsgaspreis. In seiner letzten Gesamtratssitzung beschloß der Rat, von der Ende März 1912 stattfindenden Standaufnahme der Gaszähler ab alles Gas zur Beleuchtung von Wohn- und Geschäftsräumen, zur Flur- und Treppenbeleuchtung, zu Koch-, Heiz- und sonstigen technischen und gewerblichen Zwecken, mit alleiniger Ausnahme des Motorgases, einen Einheitspreis von 14 Pf. für das Kubikmeter einzuführen mit der Bestimmung, daß dieser Einheitspreis von Ende März 1914 ab auf 13½ Pf. für das Kubikmeter ermäßigt wird. Das Gasmotorengas soll seinen alten Preis von 12 Pf. behalten. Bisher gewährte Rabatte an einzelne Abnehmer von Leuchtgas werden in Zukunft allgemein aufgehoben. Die durch Gaszähleraufomaten für 10 Pf. abzugebende Gasmenge wird bei unentgeltlicher Gasmesserüberlassung und eigenen Leitungseinrichtungen auf 666 Liter festgesetzt.

Getreue Nachbarn und dergleichen. „Gute Nachbarschaft" hält der Flaschenbierhändler H. in Dresden-Seidnitz mit den Bewohnern des angrenzenden Grundstücks. Nachdem erst vorige Woche von ihm eine einjährige Legehenne des Nachbars K. ins Jenseits befördert worden ist, weil sie in seinem Garten Schaden angerichtet hatte, wurden gestern auf seine Veranlassung von einem seiner Arbeitsburschen drei junge Hühnchen desselben Nachbars, die sich in den Grasgarten des H. verirrt hatten, mit dem Besen erschlagen. Eine Anzahl Kinder waren Zeugen dieser Rohheit, die durch den geringfügigen Schaden, den die Hühnchen eventuell angerichtet haben, nicht entschuldigt werden kann. Die Sache dürfte noch ein gerichtliches Nachspiel haben.

Von der Hygiene-Ausstellung. Ermäßigte Schülerkarten werden bei Massenbesuchen der Schüler mit ihren Lehrern, wie noch vielfach unbekannt, von der Internationalen Hygiene-Ausstellung ausgegeben. Der Preis beträgt für sie 30 Pf., auch der Lehrer erhält die Karte zu diesem Preise. Von dieser Einrichtung ist schon starker Gebrauch gemacht worden und zwar nicht nur allein von Dresdner, sondern auch von auswärtigen Schülern.

Die Kinderschutzkommission des Bezirks Striesen, Gruna, Seidnitz, Blasewitz veranstaltet Mittwoch einen Ausflug. Proviant und 10 Pf. sind mitzubringen. Treffpunkt 2¼ Uhr Schlüterhof, 2½ Uhr Grüne Wiese. Die Mütter sind mit eingeladen. Nächster Ausflug Sonntag den 9. Juli in die Heide. Die Kinder haben Frühstück, Brückengeld und Getränk mitzubringen. Treffpunkt 6¾ Uhr Schillerplatz.

Aus der Umgebung.

Kleinburgk. Mittwoch den 5. Juli findet öffentliche Gemeinderatssitzung im Bergschlößchen statt.

Dobritz. Auch in unserem Orte ist es unbedingt nötig, daß die Arbeiterschaft die Bäcker in ihrem Kampfe um ein menschenwürdiges Dasein unterstützt. In einem Ort, in dem wohl 90 Prozent der Einwohner Arbeiter sind, muß es unbedingt möglich sein, die bescheidenen Forderungen der Bäckergesellen zur Durchführung zu bringen. Lasse sich niemand irre machen durch die Redensart: „Die bei den hiesigen Meistern beschäftigten Gesellen sind ja mit den bestehenden Verhältnissen zufrieden." Bei jedem Kampfe der Arbeiter finden sich leider immer solche Elemente. Wenn es diesen aber nicht paßt, zu den neuen günstigeren Bedingungen zu arbeiten, so werden den die Forderungen der Bäcker bewilligenden Meistern von der Verbandsleitung der Bäcker andere Gesellen zugeführt werden. Also es tue jeder seine Pflicht!

Cossebaude. Verhaftet wurde hier der 22 Jahre alte, aus Marienau gebürtige Matrose und Arbeiter Julius Krüger unter dem Verdachte, am Dienstag abend an einer 16 Jahre alten Dienstmagd aus Remmersdorf ein schweres Sittlichkeitsverbrechen verübt zu haben. Krüger hatte nach dem Verbrechen seine Arbeit niedergelegt und war gerade im Begriff, wieder nach der See abzureisen, als seine Verhaftung erfolgte.

Niedersedlitz. Der Mitte der zwanziger Jahre stehende ledige Zeichner-Fischer, der hier bei der Firma Höntsch u. Co. seit kurzer Zeit in Beschäftigung stand, wurde gestern morgen ½3 Uhr in Reick dicht hinter der Brücke von dem Schnellzuge Wien—Berlin überfahren und sofort getötet. Jedenfalls ist Fischer, weil er den letzten Zug von Dresden verpaßt haben mag, um den Weg abzukürzen, neben den Gleisen hergegangen und auf die Schienen geraten.

Vereinskalender für Mittwoch.

Arbeiter-Sanitätskolonne. Abends 9 Uhr Uebung in der Zentralhalle.

Gerichtszeitung.

Landgericht.

Schwere Urkundenfälschung. Der ehemalige Mühlenbesitzer Joseph Zahlten aus Hinterjessen kam am 25. November vorigen Jahres zu seinem Freund Sch. nach Copitz, machte ihm die Mitteilung, daß er einer Kindtaufe beiwohnen müsse, und bewog ihn zu einem Darlehen von 5 M. Als Sicherheit gab er ihm zwei Wechsel à 200 und 275 M., die er gerade einstecken hatte. Z. hatte sich einige Wochen vorher von einem gewissen Trautmann aus Pratzschwitz und einer Frau Dünnbier 275 M. bezw. 70 M. und von einem weiteren Bekannten 200 M. geliehen. Die Darleiher verlangten ihr Geld zurück. Da fabrizierte Z. drei Wechsel à 300 M., 275 und 200 M. Der eine der Gläubiger nahm den Wechsel, während die beiden anderen die Papiere zurückwiesen und bares Geld verlangten. Auf den Wechseln waren teils Aussteller, teils Giranten gefälscht. Die auf den Papieren stehenden Aussteller wußten selbstverständlich nichts von den Wechseln. Z. bemerkte zu seiner Verteidigung, daß er nicht die Absicht gehabt hätte, jemand zu betrügen. Er hätte geglaubt, die Wechsel am Verfalltage einlösen zu können. Uebrigens sei ihm die Strafbarkeit seiner Handlungsweise nicht bewußt, da er nichts von Wechseln verstehe. Diese Entschuldigung ließ der Staatsanwalt nicht gelten; er bemerkte vielsagend: „Der Angeklagte war früher Mühlenbesitzer und aus der Pirnaer Gegend; da verstehe er auch etwas von Wechseln." Das Urteil lautete wegen schwerer Urkundenfälschung und Betrugs auf 4 Monate Gefängnis.

Wegen Zuhälterei mußte sich der 34jährige Kaufmann und Kellner Emil Weber verantworten. Von Ende Dezember bis Ende März 1911 hatte er von zwei Prostituierten 500 und gegen 200 M. erhalten, wovon er seinen Lebensunterhalt bestritt. Da sich W. mit der zweiten in ein Verhältnis eingelassen hatte, denunzierte ihn die erste, die ihm gegen 500 M. spendiert hatte, bei der Polizei, und W., der in dieser Beziehung Verwarnungen und kleine Vorstrafen hatte, wurde inhaftiert. W. bestritt nur die Höhe der Summen, sonst fiel die Beweisaufnahme zu seinen Ungunsten aus. Das Urteil lautete auf 6 Monate Gefängnis und 2 Jahre Ehrenrechtsverlust. 2 Monate gelten als verbüßt.

Schöffengericht.

Der Kampf um die Pension. Der Volksschullehrer Träger hat einen verzweifelten Kampf um sein Recht mit seiner vorgesetzten Behörde — die sich besonders in dem Bezirksschulinspektor Schulrat Siebert verkörperte — geführt. T. ist einer von denen, die in das heutige bureaukratische System nicht passen, weil sie sich nicht ducken können. Er als der Schwächere mußte hierbei natürlich unterliegen, und er wurde wegen angeblicher Trunksucht usw. ohne Pension entlassen. Er verfocht nun in mehreren Eingaben sein Recht und forderte seine Pension, da seine Entlassung zu Unrecht erfolgt sei usw. Vor einiger Zeit erst wurde er wegen einer dieser Eingaben verurteilt, weil das Ministerium und Schulrat Siebert in seiner Sachdarstellung eine Beleidigung erblickten. Derartige Beleidigungen wurden auch in zwei Eingaben an das Landgericht erblickt, wegen deren sich der ehemalige Lehrer zu verantworten hatte. Darin warf er u. a. dem Ministerium des Innern Rechtsbeugung und dem Schulrat Siebert Urkundenunterdrückung vor. Zweck der Eingaben war, durch das Gericht seine Pension wieder zurückzuerlangen. Das Gericht erkannte an, daß die Eingaben in Wahrnehmung berechtigter Interessen geschrieben waren und billigte ihm an sich den Schutz des § 193 zu. Der Angeklagte sei aber etwas über die Grenzen hinausgegangen, und es erkannte deshalb wegen formaler Beleidigung auf 40 M. Strafe oder 8 Tage Haft, wobei es berücksichtigte, daß der Angeklagte im Kampfe um sein Recht nervös geworden sein mag.

---

3. Konferenz der Arbeitersekretäre.

C. B. **Dresden, 3. Juli.**

Im großen Saal des Dresdner Volkshauses ist heute die von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands im Anschluß an den Gewerkschaftskongreß einberufene Konferenz der Arbeitersekretäre zusammengetreten, um eine wichtige Tagesordnung zu erledigen. 85 Sekretariate sind durch 91 Sekretäre vertreten. Die Leitung der Verhandlungen wird der Generalkommission, die durch Bauer, Schmidt, Sabbath und Knoll vertreten ist, übertragen. Es wird sogleich in die Tagesordnung eingetreten. Den

Bericht des Zentral-Arbeitssekretariats

erstattet Wissell-Berlin, der sich in der Hauptsache mit der inneren Arbeit der Sekretariate befaßt, da über die Tätigkeit des Zentral-Arbeitssekretariats regelmäßig berichtet wird. Es ist zu rügen, daß die Akten der von uns zu vertretenden Sachen uns nicht früh genug zugehen. Das muß auch dann geschehen, wenn die Sekretäre glauben, die Sache in allerbester Weise vorbereitet zu haben, oder den günstigen Ausgang für noch so sicher halten. Man kann nie vorher sagen, daß günstige Entscheidung sicher ist. Für die Würdigung des Beweismaterials ist dessen frühzeitige Vorlage von Bedeutung. Die Vorlegung neuen Beweismaterials erst im Termin durch die Berufsgenossenschaft bekämpfen wir immer, deshalb bitten wir die Sekretariate, nicht durch verspätete Zusendung des Materials den gleichen Fehler zu machen. Nichtsdestoweniger ist die mündliche Vertretung ungemein notwendig, wofür der Redner Beispiele anführt. Für die Kosten von Gutachten muß durch die Sekretariate eine gewisse Garantie übernommen werden, damit die Last nicht etwa dem Zentralsekretariat

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19110704/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG